

Internationalismus 2026

Bericht von Martin Suchanek, zuerst erschienen in Neue Internationale 303, September 2026, 6 Minuten Lesezeit

Es war ein ganz besonderes Camp. Und ein sehr erfolgreiches obendrein. Allein die Tatsache, dass wir die Veranstaltung trotz massiver staatlicher Repression durchführen konnten, ist ein politischer Erfolg. Nur wenige Wochen vor dem Event wurde der ursprüngliche Ort aufgrund des Drucks des Verfassungsschutzes gekündigt. Für uns war aber immer klar, dass wir die Veranstaltung an welchem Ort auch immer dennoch durchführen würden. Und das haben wir getan. An dieser Stelle unser Dank an alle Genoss:innen und Unterstützer:innen, die mitgeholfen haben, Internationalismus 2026 auch unter diesen Bedingungen durchzuführen und zu einem Erfolg zu machen.

Noch wichtiger aber: Es war das erste Camp von Arbeiter:innenmacht, Arbeiter*innenstandpunkt, der Marxistischen Aktion Schweiz und von REVOLUTION als Teil der Internationalen Sozialistischen Liga (ISL). So konnten wir auch diesmal Genoss:innen unserer Schwesterorganisationen begrüßen: der Movimiento Socialista de los Trabajadores (MST) aus Argentinien, von Workers Power aus Britannien, der Partito Comunista dei Lavoratori (PCL) aus Italien und von Socialismo y Libertad aus den Spanischen Staaten sowie Genoss:innen aus Dänemark.

Internationalismus

Internationalismus ist für uns nicht bloß ein Wort. Er bestimmt vielmehr unsere Politik, unsere Methode, unser Programm, unseren Organisationsaufbau. An fünf Tagen beschäftigten wir uns in 65 Workshops und Plenumsdiskussionen mit zentralen Fragen des internationalen Klassenkampfes und dem Kampf gegen die Merz-Regierung. Wenn wir diese Welt grundlegend, also revolutionär, verändern wollen, müssen wir die Ursache der kapitalistischen Krise, des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt, der drohenden ökologischen Katastrophe, von Krieg, Vertreibung,

Aufstieg der Rechten, Rassismus und Nationalismus verstehen. Wir müssen den Kampf gegen die soziale Unterdrückung von Frauen und Queers, der Jugend, unterdrückter Nationen, von Migrant:innen und Geflüchteten als integralen Bestandteil des Klassenkampfes verstehen und lernen, diese Bewegungen und Mobilisierungen aufzubauen und eine sozialistische Perspektive hineinzutragen.

Die Zeilen dieses Berichts reichen leider nicht aus, auch nur die wichtigsten Diskussionspunkte und Beiträge darzustellen. Wir freuen uns aber besonders über die Beiträge von Genoss:innen aus anderen Sektionen, die teilweise vor Ort, teilweise online ihre Vorträge präsentierten. So Genosse Esra aus Kenia, Genosse Shahzad aus Pakistan, Genosse Bill aus den USA und Genosse Mariano aus Argentinien.

Themen

Thematisch behandelten wir die Entwicklung der Weltwirtschaft, den Niedergang der US-Hegemonie wie den Aufstieg Chinas als wichtigstem imperialistischen Rivalen, aber auch die Krise der EU. Darüber hinaus beschäftigten wir uns intensiv mit dem Krieg in der Ukraine und dessen Doppelcharakter – neuer Kalter Krieg zwischen Russland und der NATO einerseits und gerechtfertigter Verteidigungskrieg der Ukraine andererseits. Mehrere Workshops widmeten wir der Lage im Iran, dem Kampf gegen den US-Imperialismus, aber ebenso den revolutionären Perspektiven gegen das reaktionäre Regime im Iran. Ebenso intensiv beschäftigten wir uns mit der Lage in Palästina.

Den zweiten Tag unserer Schulung widmeten wir dem Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen und LGBTIAQ-Personen sowie dem Kampf gegen Rassismus. Wir planen, bis Ende dieses Jahres umfangreiche Thesen zum Rassismus im Rahmen des theoretischen Organs Revolutionärer Marxismus zu veröffentlichen. Einen Zwischenstand der Arbeit präsentierten wir am Camp.

Die Krise der EU und der Generalangriff unter Merz auf Rente, Jobs und soziale Sicherungssysteme bildeten einen weiteren Schwerpunkt. Dabei stellt

sich wie immer gebieterisch die Frage: Wie können wir den Einfluss der Bürokratie brechen, die mit ihrer Politik der Sozialpartner:innenschaft und der Unterstützung des deutschen Imperialismus jeden Widerstand lähmt. Einen Schwerpunkt bildete dabei auch der Kampf gegen Aufrüstung und Militarisierung – sowohl auf theoretischer und praktischer Ebene wie auch im Kampf von REVOLUTION an den Schulen und auf der Straße, in einem breiten Bündnis gegen die Wehrpflicht und die Bundeswehr an Schulen zu mobilisieren.

Führungskrise

Wie bei allen Camps stellten die Führungskrise der Arbeiter:innenklasse und unsere Intervention einen zentralen Schwerpunkt dar. So beschäftigten sich mehrere Workshops mit der Partei Die Linke, der Kritik ihres reformistischen Programms sowie den Aufgaben, die sich für Revolutionär:innen stellen. Ebenso widmeten wir uns den Lehren aus dem historischen Versagen des Stalinismus – eine Auseinandersetzung, die wir für unabdingbar halten, da sich maoistische und stalinistische Strömungen gerade in der Jugend als – falsche – Alternative zum sozialdemokratischen Reformismus und zur Gewerkschaftsbürokratie präsentieren.

Einen Höhepunkt bei der Beschäftigung mit Umgruppierung und Perspektiven der Arbeiter:innenklasse bildete die Diskussion um die Lage in Argentinien, wo die FIT-U an einem Scheideweg steht. Sie steht vor der Aufgabe, ihre Grenzen als bloße Wahlfront zu überwinden und zu einer Partei zu werden, die Zehntausende Wähler:innen, die sich vom Peronismus abgewandt und der FIT-U zugewandt haben, zu organisieren und für eine vereinigte revolutionäre Arbeiter:innenpartei auf Basis eines Programms für eine Arbeiter:innenregierung zu gewinnen. Im Rahmen einer Rundreise von Alejandro Bodart planen wir dazu, Anfang Oktober auch eine große öffentliche Veranstaltung in Berlin durchzuführen.

Anders als auf dem vorhergehenden Camp organisierten wir auch mehrere Workshops zur Vermittlung praktischer Skills (Fähigkeiten). Und wie immer gab es nicht nur Debatten und Diskussionen, sondern auch ein politisches und kulturelles Abend- und Freizeitprogramm mit Sport, Filmvorführungen,

einem Cello-/Violin-Konzert und einer mittlerweile zum festen Bestandteil unserer Camps gewordenen Rap-Battle.

Wir gehen gestärkt aus dem Camp hervor

Schließlich widmeten wir uns in mehreren Workshops dem Aufbau der Internationalen Sozialistischen Liga (ISL), ihrem Programm, ihrer Methode und ihrer weiteren Entwicklung als internationale Strömung, darunter unserer Arbeit in Kenia, Pakistan, Argentinien und unseren internationalen Kampagnen wie z. B. der Teilnahme an der Global Sumud Flotilla. Außerdem sammelten wir hunderte Euros für die Genoss:innen im Libanon und deren Kampf gegen die „Normalisierung“ des Verhältnisses zu Israel durch die libanesischen Regierung. Das abschließende Plenum widmeten wir ganz der Frage des Aufbaus unserer internationalen Strömung und wie wir zu einer revolutionären Internationale kommen. Sprecher:innen aus Argentinien, dem spanischen Staat, Deutschland und Österreich sowie zahlreiche Beiträge aus dem Publikum zogen eine sehr positive Bilanz. Zu Recht.

Internationalismus 2026 hat dazu beigetragen, die Gruppe Arbeiter:innenmacht, Arbeiter*innenstandpunkt, die Marxistische Aktion und REVOLUTION zu stärken. Internationalismus 2026 hat zugleich und vor allem auch die ISL gestärkt.

Erstens und vor allem, weil sich die Genoss:innen neues Wissen, neue Fähigkeiten für den Klassenkampf angeeignet haben. Es ist eine zentrale Aufgabe jedes Camps, Revolutionär:innen zu stärken, Kader für den Kampf heranzubilden und zu stärken. Denn Kader können nicht erst im Moment der Revolution gebildet werden. Revolutionäres Bewusstsein fällt nicht vom Himmel und Organisation entsteht nicht spontan. Wie wir Situationen analysieren, Menschen überzeugen und Kämpfe organisieren – all das müssen wir lernen. Und dazu hat das Camp viel beigetragen. Wir haben eine Woche genutzt, uns Wissen anzueignen und zu lernen, wie wir es in den kommenden Monaten gemeinsam in die Welt hinaustragen. An unseren Schulen, Universitäten und in Betrieben, Gewerkschaften und Organisationen wie Die Linke.

Zweitens ist ein fünftägiges Camp wie Internationalismus 2026 nicht nur ein Ort, an dem sich Individuen Neues aneignen. Es dient ebenso sehr dazu, eine Organisation als solidarisches Kollektiv, als Instrument des gemeinsamen Kampfes zu stärken. Denn gemeinsamer Kampfgeist, die Kampfmoral, die ein solches Camp zu schaffen vermag, der gelebte Austausch und Internationalismus über die Grenzen hinweg machen ein Camp erst zu einem wirklich erfolgreichen. Denn wir wollen die Welt nicht bloß richtig verstehen, wir wollen sie radikal verändern, alle Verhältnisse umwerfen, in denen die Menschen geknechtete, verächtliche, erniedrigte, entfremdete Wesen zu sein gezwungen sind. Wer eine sozialistische Welt, frei von Ausbeutung und Unterdrückung, schaffen will, muss auch die Mittel dazu wollen: eine revolutionäre Partei und Internationale!

Was kommt nach den Landtagswahlen?

Am 1. September fanden in Sachsen und Brandenburg die Landtagswahlen statt. Gleich vorweg: eine Regierungsbildung mit der AfD kann in beiden Bundesländern nahezu ausgeschlossen werden. Dennoch machen die vorläufigen Endergebnisse deutlich, dass der gesellschaftliche Rechtsruck weiter voranschreitet und dieser äußert sich vor allem in den Wahlerfolgen für die rechtspopulistische AfD. Sie konnte als einzige Partei in den Prozentpunkten zweistellig zulegen und ist sowohl in Sachsen wie auch in Brandenburg als zweitstärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen. In Sachsen kommt die AfD demnach auf 27,5% (Vgl. 2014: 9,7%, +17,8%) und

in Brandenburg auf 23,5 % (Vgl. 2014: 12,2%, +11,3%). In Sachsen konnte die regierende CDU (32,1%, -7,3%) und in Brandenburg die SPD (26,2%, -5,7%) sich zwar jeweils als stärkste Partei behaupten, beide mussten jedoch heftige Verluste hinnehmen.

In Sachsen erzielte die SPD mit 7,7% (-4,7%) das historisch schlechteste Ergebnis seit jeher. DIE LINKE verlor im Vergleich zur letzten Landtagswahl 7,9% und konnte mit 10,7% noch gerade so ein zweistelliges Ergebnis einfahren. Die Grünen konnten von der Klimakrise profitieren und kam auf 8,6% (+2,9%).

In Brandenburg erreichte die CDU 15,6% (-7,4%), DIE LINKE 10,7% (-7,9%), die Grünen 10,8% (+4,6%) und die Freien Wähler ziehen erstmals mit 5% (+2,3%) in den Landtag ein. Die FDP ist in beiden Wahlen knapp an der 5%-Hürde gescheitert.

Prognose: Wer regiert uns jetzt?

Aufgrund der massiven Verluste für die Regierungsparteien und da sowohl die CDU in Sachsen als auch die SPD in Brandenburg einer Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch eine Absage erteilen, wird die Regierungsbildung besonders kompliziert. In Sachsen ist die Bildung einer sogenannten Kenia-Koalition, also eine Regierung aus CDU, SPD und Grünen, am wahrscheinlichsten. Eine Minderheitsregierung hat Ministerpräsident Kretschmer (CDU) ausgeschlossen. In Brandenburg wäre eine Kenia-Konstellation ebenfalls möglich, jedoch hätte auch Rot-Rot-Grün eine knappe Mehrheit. Doch egal wer

uns in Zukunft regiert, drei Dinge stehen jetzt schon fest: 1. das bürgerliche Parteiensystem bröckelt, deutliche Regierungsmehrheiten, geschweige denn Einparteien-Regierungen, gehören der Vergangenheit an. 2. Ob Kenia-Koalition oder Rot-Rot-Grün: bürgerliche Parteien wie CDU, SPD und Grüne handeln nicht im Interesse von uns Jugendlichen und ArbeiterInnen, sondern verfolgen eine neoliberale, oft auch rassistische (Abschiebungen, Asylgesetzverschärfungen) Politik im Interesse der herrschenden Klasse und unterscheiden sich von der rechtspopulistischen AfD bestenfalls durch die Verwendung einer zaghafteren Rhetorik. 3. Der eindeutige Wahlsieg für die AfD zeigt deutlich auf, dass es einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Rechtsruck gibt, dem die etablierten Parteien nichts entgegenzusetzen haben. Ganz im Gegenteil haben sie diesen mit ihrer neoliberalen Politik mit zu verantworten.

Ursachen für den Rechtsruck

Wenn wir von einem gesellschaftlichen Rechtsruck reden, meinen wir damit das weltweite erstarken rechtspopulistischer und faschistischer Kräfte infolge der Weltwirtschaftskrise. Nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise wurden überall die Verluste der Krise sozialisiert, genauer gesagt die Lasten der Krise auf den Rücken der ArbeiterInnen abgewälzt. Gleichzeitig wurden große Banken, die „too bog to fail“ waren, mit massiven Finanzinvestitionen auf Kosten der Werktätigen gerettet und die Besitzenden konnten weiter horrenden Profite einfahren. Die Krise zog nicht nur Arbeitsplatzvernichtung, die Ausweitung von

prekären Arbeitsverhältnissen wie Leih- und Teilzeitarbeit, Lohnkürzungen, sogenannte Sparmaßnahmen und Sozialabbau nach sich, sondern verschärfte auch die internationalen Spannungen zwischen den imperialistischen Nationen, den untereinander konkurrierenden Regionalmächten und entflammte einen Kampf um die Neuaufteilung der Welt.

Vor dem Hintergrund dieser verstärkten Konkurrenz der kapitalistischen Staaten untereinander brachen regionale Kriege wie in Syrien, Jemen, Libyen usw. aus, die für die Flucht von Millionen Menschen maßgeblich verantwortlich waren. Während also einerseits die Kosten der kapitalistischen Krise überall der lohnabhängigen Bevölkerung in Rechnung gestellt wurden, profitierten andererseits vor allem rechtspopulistische Parteien von den Folgen dieser Krise, indem diese die sogenannte Flüchtlingskrise (eine unmittelbare Folge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise) gezielt für ihre rassistische Propaganda benutzten und damit von den tatsächlichen Ursachen der vorherrschenden Probleme ablenkten. Dies war insbesondere möglich vor dem Hintergrund des wiederholten Verrats der bürgerlichen ArbeiterInnenparteien (z.B. LINKE, SPD), die ja fleißig mitgeholfen haben, die Krisenkosten auf die ArbeiterInnen abzuwälzen, statt den Kampf gegen diese Frechheit zu organisieren. Dass diesen Parteien kaum noch jemand glaubt, sie würden sich für die Interessen der ArbeiterInnen einsetzen belegt nicht zuletzt die Katastrophe, die die Wahlen für die SPD, vor allem aber DIE LINKE bedeutet haben.

Die etablierten Parteien haben mit ihrer unsozialen, neoliberalen Politik zurecht viel an Zuspruch verloren und zugleich auf den Rechtsruck mit einer Anpassung der eigenen Politik und Rhetorik an die rassistische Stimmungsmache reagiert. Selbst innerhalb der Partei DIE LINKE wurden Stimmen nach einer Obergrenze für Geflüchtete laut. Der Rechtsruck vollzog sich also in allen Parteien und bestärkte die WählerInnen rechtspopulistischer Parteien, statt diese vom eigenen Programm zu überzeugen.

Was können wir dagegen tun?

Doch wie können wir den Rechtsruck aufhalten? Und vor allem: was kommt jetzt auf uns zu? Die kommenden fünf Jahre werden kein Zuckerschlecken für linke AktivistInnen. In Sachsen können die CDU und die AfD zusammen bequem Mehrheiten für reaktionäre, repressive Gesetze erreichen. Doch auch unter einer Kenia-Koalition (CDU-SPD-Grüne) würde mit hoher Sicherheit die bisherige neoliberale Sparpolitik fortgesetzt werden, auch eine Zunahme der Repression gegen Bewegungen wie Fridays For Future kann nicht ausgeschlossen werden. Selbst wenn in Brandenburg rot-rot-grün zustande kommt ist dies kein Grund zur Freude, wie vergangene und aktuelle, derartige Regierungskonstellationen eindrücklich zeigen (Arbeitsplatz-Abbau, „Sparmaßnahmen“, Privatisierungen, Abschiebungen, repressive Polizeieinsätze usw.).

Um den Rechtsruck aufzuhalten braucht es eine breit aufgestellte, schlagkräftige linke Bewegung, die eine antikapitalistische und sozialistische

Antwort auf die kapitalistische Krise selbstbewusst auf die Straße trägt und die in den Betrieben, Schulen und Unis verankert ist. Hierzu braucht es die Einheit aller Organisationen der ArbeiterInnenklasse in der Aktion, also die Zusammenarbeit der Gewerkschaften, linken Parteien und Gruppen, um eine soziale und antirassistische Bewegung, die imstande ist, dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen, aufbauen zu können. Wir müssen die fortschrittlichen Bewegungen, den Antirassismus und die Umweltfrage, miteinander in einen Zusammenhang bringen und mit einer antikapitalistischen Perspektive verbinden. Die eigentliche Schwierigkeit der kommenden Kämpfe wird darin liegen, dem Rechtsruck und Rassismus offensiv entgegenzutreten und gleichzeitig die notwendige Kritik an den künftigen bürgerlichen Regierungskoalitionen und ihrer neoliberalen Politik auf die Straße zu tragen. Denn eins ist sicher: Im Kampf gegen die Rechten, gegen den Klimawandel und für eine lebenswerte Zukunft dürfen wir uns nicht auf die bürgerlichen und reformistischen Parteien verlassen. Eine Zukunft ohne Rassismus, Klimawandel, Grenzen und Ausbeutung wird nicht durch alle 5 Jahre wählen gehen erstritten. Eine solche Zukunft können wir nur selbst erkämpfen.